

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

SRF Audio

Radio SRF, Echo der Zeit mit Christina Scheidecker.

Die Themen vom 19. September.

Neue Eskalation im Südkaukasus.

Wir erklären, welche Motive hinter den jüngsten aserbalkianischen Angriffen auf die umstrittene Region Berg-Karabach stehen.

Glaubwürdig oder nicht.

Diese Frage muss das Kreisgericht Rorschach klären, wo einem mutmaßlichen Scherken des billerozischen Regimes der Prozess gemacht wird.

Der Sommer 2023, wettermäßig ein Sommer der Extreme.

Und der Nächste dürfte schon bald folgen.

Die Wahrscheinlichkeit für solche Extreme, die nimmt einfach zu, in dem Maße, wie es immer wärmer wird, auf der Erde.

Das Gespräch mit dem Klimaforscher und Meteorologen Mochib Latif.

Und Eisberg voraus.

Das deutsche Satire-Magazin Titanic steht kurz vor dem finanziellen Untergang.

Wir sprechen über die Gründe.

Drei Jahre nach dem Krieg zwischen aserbalkian und armenien um Berg-Karabach ist also der Konflikt um die umstrittene Region heute von Neum eskaliert.

Aserbaycan hat in Berg-Karabach eine Militäroffensive gestartet.

2020 endete der Krieg mit einem Waffenstillstand.

Armenien verlor damals die Kontrolle über weite Teile des umstrittenen Gebiet.

Frage jetzt an Auslandredaktorin Judith Huber.

Wie ist der aktuelle Stand der Dinge in Berg-Karabach?

Die aserbalkianische Armee hat heute Morgen begonnen, Berg-Karabach, vor allem die Hauptstadt Steppana Kert, mit Artillerie zu beschießen.

Offenbar auch mit Drohnen.

Baku argumentiert, dass sei ein Antiterror-Einsatz.

Man wolle die dortigen bewaffneten armenischen Formationen entwaffen und vertreiben.

Damit sind die Streitkräfte der Karabach-Armenie gemeint, die nach wie vor in den Gebiet sind.

Außerdem verlangt Baku, dass die lokale Regierung von Berg-Karabach aufgelöst wird.

Das ist ein gewähltes Selbstverwaltungsorgan der Karabach-Armenier und Armenierinnen.

Berg-Karabach gehört ja völkerecht zu Aserbaidshchan und die aserbalkianische Bevölkerung von Berg-Karabach

wurde vor 30 Jahren vertrieben und deshalb sagt Baku, diese Regierung sei illegal.

Und wer kämpft da jetzt tatsächlich gegeneinander?

Die Armee der Karabach-Armenier hat selbst gemeldet, dass sie Widerstand leistet.

Das heißt, sie ist an den Kämpfen beteiligt. Und beteiligt ist natürlich die aserbalkianische Armee. Aber Arminien selber, die Republik Arminien, ist offenbar nicht involviert.

Der armenische Prämie Parshinian hat das heute ausdrücklich gesagt.

Und er hat auch festgehalten, Arminien habe keine Truppen in Berg-Karabach.

Also wir sehen hier einen wichtigen Unterschied zum letzten Krieg.

Vor drei Jahren, damals, hat Arminien zusammen mit den Karabach-Arminien gegen Aserbalkian

gekämpft.

Diese neue Eskalation, was heißt das für die lokale Bevölkerung?

Also bei Chan sagt man beschieße keine Zivilisten und der Bevölkerung stehe es frei, die Region über humanitäre Korridore zu verlassen.

Berichte aus Steppana Kert aber zeigen ein ganz anderes Bild.

Es gibt Fotos von kaputten Wohnhäusern und von Autos, von Familien, die in Schutzräumen ausharren

und lokale Behördenberichten von zahlreichen Verwundeten und mehreren Toten, also Zivilpersonen und Militärs.

Außerdem muss man sagen, die Einwohnerinnen und Einwohner des Gebietes sind durch die monatelange Blockade

und die Versorgungskrise bereits geschwächt.

Die Lage war auch schon vor dem Angriff prekär.

Man muss aber auch sagen, als er bei Chan hat heute ebenfalls ein ziviles Opfer gemeldet, eine Person soll getötet worden sein.

Sie sagen es, die Lage war schon vor dem Angriff heute prekär, die Versorgungslage im speziellen Inberg Karabach.

Warum ändert Azerbaijan jetzt diese Blockadesstrategie, die man bis dahin gefahren hat und setzt jetzt auf militärische Eskalation?

Ich denke, Baku will das zu Ende bringen, was vor drei Jahren nicht ganz gelungen ist, nämlich die volle Kontrolle über Ganzberg Karabach zu erlangen.

Baku ist unzufrieden mit dem Gang der Verhandlungen, mit Armenien seit dem Waffenstillstand.

Es konnte seine Vorstellungen eben nicht ganz durchsetzen, obwohl Armenien in gewissen Punkten tatsächlich Konzession gemacht hat.

Also, bei Chan ist militärisch stark, Armenien ist immer noch schwach und Russland ist durch den Krieg gegen die Ukraine abgelenkt.

Also, es ist einfach ein günstiger Moment, denke ich.

Russland traditionell eine Schutzmacht von Armenien.

Es sind ja auch russische Friedenstruppen, die eigentlich für die Sicherheit der Armenierinnen und Armenien in Berg Karabach garantieren sollten.

Welche Position nimmt in Russland jetzt ein, wenn der aktuellen Eskalation?

Also, Russland wurde von Azerbaijan informiert über den bevorstehenden Angriff, hat aber offenbar nichts dagegen unternommen.

Und aus Moskau hieß es, die russischen Truppen würden ihre Waffen nur benutzen, wenn sie selbst in Gefahr sein.

Offiziell drückte Russland zwar seine Besorgnis aus, aber eigentlich ist klar, Russland scheint irgendwie grünes Licht für dieses Vorgehender,

Azerbaijan gegeben zu haben.

Und auffällig war heute die Wortmeldung der Kremlpropagandistin Margarita Simonian, die bizarrerweise Armenien die Schuld für den aserbaidchanischen Angriff gab.

Und sie bezeichnete den armenischen Prämie sogar als Judas, also als Verräter.

Also, die Botschaft ist klar, der Kreml ist sehr verärgert darüber, dass sich Armenien eben in letzter Zeit vermehrt dem Westen zu und sich von Russland abgewendet hat.

Dieser Konflikt in Berg-Karabach, der jetzt wieder neu aufflammt, gewaltvoll aufflammt, worauf läuft

das hinaus?

Viele befürchten, dass Azerbaijan die Karabach-Armenier und Armenierinnen alle vertreiben will. Baku aber versichert man Respektiere, die Rechte der armenischen Bevölkerung.

Aber angesichts der vielen Gewalt der letzten 30 Jahre in dem Gebiet und dem tiefen Misstrauen, angesichts dem glauben die Armenier und Armenierinnen von Karabach eben nicht an diese Versicherungen.

Und Baku hat nun gegen Abend erneut gefeudet, dass sich die Armee der armenischen Karabaches ergibt und sich die lokale Regierung auflöst, sonst gehe die Militäroperation weiter.

Vielen Dank für diese Informationen und Anschätzungen, das war Ausland-Redaktorin Judith Huber. Zu den Nachrichten des Tages jetzt.

Der Corona-Impfstoff von Moderna wird künftig offenbar nicht mehr in der Schweiz produziert. Simon Riechle.

Der US-Konzern Moderna schreibt, die Produktion beim Pharmazulieferer Lonza in FISP werde noch im September eingestellt. Die Nachfrage nach dem Impfstoff sei zurückgegangen.

Was das für die Anzahl Arbeitsplätze in FISP bedeutet, ist unklar. Auf Anfrage von Radio SRF schreibt Lonza, man habe den Rückgang des Impfstoffgeschäfts erwartet und wollen nun prüfen, wie Betroffene Mitarbeiter für andere Programme eingesetzt werden könnten.

Im Parlament ging es heute unter anderem um Wasserkraftwerke, konkret um das sogenannte Restwasser, also das Wasser, das von Kraftwerken in die Flüsse abgelassen wird und nicht für die Stromproduktion gebraucht werden kann.

Das Restwasser ist unter anderem wichtig als Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Das Parlament hat sich nun darauf geeinigt, dass künftig nur dann weniger Restwasser abgelassen werden darf, wenn eine Stromanlage droht.

Der Ständerat ist in diesem Punkt dem Nationalrat gefolgt mit 30 zu 14 Stimmen.

Gefolgt ist der Ständerat dem Nationalrat auch in einem anderen Thema, der Räumung des ehemaligen Munitionslagers Mitholz.

Er hat einen Kredit von 2,6 Milliarden Franken für die Räumung zugestimmt.

Im Munitionslager kam es 1947 zu Explosionen, mehrere Menschen starben und dutzende Wohnhäuser wurden zerstört, einige 100 Tonnen Sprengstoff blieben zurück.

Vor einigen Jahren kam der Bund zum Schluss, dass vom Lager weiterhin ein Risiko ausgehe und es darum geräumt werden müsse.

Für Krankenkassenprämien kann man künftig nicht mehr abziehen als bisher bei der direkten Bundsteuer.

Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat Nein gesagt zu höheren Abzügen und damit ist das Vorhaben vom Tisch.

Die meisten Nationalrätinnen und Nationalräte fanden die Vorlage unfair, denn rund 40% der Steuerzahlenden verdienen gar nicht so viel, dass sie Bundsteuer zahlen müssen.

Von der Entlastung hätten also in erster Linie die oberen Einkommensklassen profitiert.

Ins Ausland. Die Polizei in Großbritanniens Hauptstadt London, die Metropolitan Police, besser bekannt als Scotland Yard, hat mehr als 1000 Beamte ganz oder teilweise suspendiert.

Der Grund für diesen Schritt, angebliches Fehlverhalten der betroffenen Beamten, da schreibt Scotland Yard in einer Mitteilung.

Allein im vergangenen Jahr wurden zudem 100 Beamte wegen schweren Fehlverhaltens aus dem Dienst entlassen.

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

Die Metropolitan Police wurde in den vergangenen Jahren durch eine Reihe schwerer Skandale erschüttert.

Ihr neuer Chef Mark Rowley kündigte eine radikale Reform an.

Eine unabhängige Untersuchung bescheinigte der Behörde jedoch noch im März, Zitat, institutionell, rassistisch, sexistisch und homophob zu sein.

Auf den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag hat es möglicherweise einen Cyberangriff gegeben.

Ohne dieses Wort explizit zu erwähnen, teilte der Gerichtshof mit.

Man sei gezwungen gewesen, auf einen Vorfall zu reagieren, der die Informationssysteme beeinträchtigt habe.

Zusammen mit den Behörden des Standortlandes Niederlande aber man Sicherheitsmaßnahmen ergriffen.

Weitere Details gab der Strafgerichtshof nicht bekannt.

In den letzten Jahren war der Internationale Strafgerichtshof bereits mehrmals Ziel von Spionageversuchen.

Bekommen zu den Börsendaten von 18.10, geliefert von 6.

Der Swiss Market Index schließt bei 11.069 Punkten minus 0,2%.

Der Dow Jones Index in New York fällt um 0,8%.

Der Euro wird zu 95°92 gehandelt und der Dollar zu 89°80.

Und das Wetter?

Heute Abend und Morgen ist es im Norden meist sonnig, im Süden dominieren morgen Wolken und teils gibt es Regen.

Die Höchstwerte beizeit der Alpen zwischen 21° und 25°.

Es ist ein Fall von großer internationaler Tragweite, der heute vor dem kleinen Kreisgericht Rorschach verhandelt wurde.

Es geht um das Verschwindenlassen von Personen.

Ein Tatbestand, der wegen des sogenannten Weltrechtsprinzips auch weit weg vom Tatort angeklagt werden kann.

Im Fokus steht ein Mann, der als vorläufig Aufgenommener in der Schweiz lebt und von sich behauptet,

er habe 1999 beim Verschwinden von Rangun Oppositionellen in Belarus mitgeholfen.

Das Kreisgericht hat nun zu beurteilen, ob das glaubwürdig ist oder nicht.

Frau St. Gallen, Ostschweiz-Korrespondentin Karin Kobler.

Beim Kantonsgerichtssaal versammelten sich heute denn auch schon über eine Stunde vor Prozessbeginn

Vertreter der Gämpfer Nichtregierungsorganisation mit Solidaritätsplakaten und dutzende Medienschaffende auch aus dem Ausland.

Vertreter von Menschenrechtsorganisationen waren dann ebenfalls am Prozess,

genauso wie auch die zwei Privatklägerinnen, zwei Töchter der Verschwundenen Oppositionellen.

Und sie alle haben heute den Ausführungen des Beschuldigten zugehört.

Aussagen, die das Gericht bestehend aus zwei Leienrichtern und dem Gerichtspräsidenten beurteilen muss,

ob sie glaubwürdig sind oder nicht.

Der Standpunkt des Beschuldigten war heute durchwegs klar.

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

Er sei bei der Ermordung der ranghohen Oppositionellen im Jahr 1999 dabei gewesen.

Und er sei, weil er diese Geschichte nicht nur den Asylbehörden, sondern auch den Medien erzählt habe, in Gefahr.

Das Regime in Belarus trachte nach seinem Leben, sagt er.

Die Befragung durch den leitenden Richter deckte allerdings immer wieder Widersprüche auf.

Die der Beschuldigte oft auch mit Übersetzungsfällern beispielsweise bei der Erstbefragung durch das Staatssekretariat für Migration begründete.

Er tat sich mit der Befragung offensichtlich schwer, sprach häufig sehr leise und zeufzte immer wieder.

Der Beschuldigte hat sich am Schluss der Befragung

bei den beiden Privatklägerinnen den Töchtern der Verschwundenen Oppositionellen entschuldigt.

Der Staatsanwalt erachtet das Geständnis des Beschuldigten als glaubwürdig.

Auch wenn er in seinem Plädoyer sagte, der heutige Auftritt habe ihn auch zweifeln lassen.

Aussagen zu Fakten, die beispielsweise mit Datum belegt sein, würden sich nicht decken.

Zudem habe der Beschuldigte heute zu mehreren Details etwas anderes gesagt, als er dies bei ihm in der Voruntersuchung mehrfach ausgesagt habe.

Der Eindruck sei zwiespältig, im Kern würden die Aussagen allerdings übereinstimmen.

Das steht im Widerspruch zum Staatssekretariat für Migration,

das im Asylverfahren den Belarusen keinen Glauben schenkte.

Darum erhielt der Beschuldigte auch kein Asyl in der Schweiz,

sondern hat den Status eines vorläufig aufgenommenen.

Das Strafmaß soll laut Staatsanwaltschaft drei Jahre Freiheitsstrafe betragen,

wovon eines unbedingt zu vollziehen sei. Dies bei einer Probezeit von vier Jahren.

Von einem Antrag auf Landesverweis sieht der Staatsanwalt ab.

Der Anwalt der Töchter der verschwundenen Oppositionellen

äußerte sich in seinem Plädoyer nicht nur zu den Taten,

sondern auch zu den Strukturen in Belarus.

Eine parlamentarische Untersuchung des Europarates habe gezeigt,

dass die drei Oppositionellen wohl umgebracht worden seien.

Die ganze Welt habe scheinbar gewusst, was passiert war

und trotzdem seien die Täter nie verurteilt worden,

sondern seien im Belarus weiter an der Macht,

trug der Anwalt die Gedanken einer Trochter den Richtern vor.

Der Opferanwalt beantragt ebenfalls schuldig.

Zudem fordert er für die beiden Frauen je eine Genugtung

von 200.000 Franken plus Zinsen.

Der Prozess wird morgen mit dem Plädoyer der amtlichen Verteidigerin

des Beschuldigten fortgeführt.

Ob morgen auch schon ein Urteil eröffnet wird, ist offen.

Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF mit diesen Schauplätzen

in den nächsten Minuten.

Ottawa, wo der kanadische Premier schwere Vorwürfe erhoben hat gegen Indien.

Zürich, wo Google neue Pläne für seine künstliche Intelligenz

Bart präsentiert hat.
New York, wo sich ab heute eine geschwächte UNO
zur Generalversammlung trifft.
Und KUR, wo das Bistum Missbrauchsvorwürfe
in der katholischen Kirche untersuchen soll
und sich Fragen stellen,
nach den Zuständigkeiten kirchlicher und staatlicher Justiz.
Kanadas Premierminister Justin Trudeau
erhebt also schwere Vorwürfe gegen Indien.
Womöglich habe der indische Staat seine Hand im Spiel gehabt
bei einem Mord auf kanadischem Boden.
Es geht um die Ermordung eines Kanadias,
der der religiösen Minderheit der Sikhs angehörte.
In Kanada lebt eine große Zahl von Sikhs
und wenigstens ein Teil von ihnen befürwortet
die Schaffung eines eigenen Staates auf dem Gebiet von Indien.
Dadurch sind die kanadisch-indischen Beziehungen
schon lange belastet.
Jetzt erreichen sie einen Tiefpunkt.
Nordamerika-Korrespondent Andrea Christen.
Es passierte vor drei Monaten vor einem Sikh-Gebetshaus
bei Vancouver.
Zwei maskierte Schossen auf den Sikh-Aktivisten
Hardib Singh Nijjar und töteten ihn.
Premierminister Trudeau scheint sich ziemlich sicher zu sein,
dass der indische Staat involviert war.
Er erwählte eine große öffentliche Bühne,
um seine Anschuldigungen vorzubringen.
Das kanadische Parlament.
In den vergangenen Wochen hätten die Ermittler
glaubwürdige Vorwürfe untersucht,
wonach es eine mögliche Verbindung gebe
zwischen Agenten des indischen Staates
und des Mordes an Hardib Singh Nijjar.
Trudeau nannte keine konkreten Beweise oder Indizien,
wurde aber deutlich.
Eine Regierung, die bei der Ertötung eines Kanadias
auf kanadischem Boden ihre Finger im Spiel habe,
verletze auf inakzeptable Weise die kanadische Souveränität.
Das verstoße gegen die fundamentalen Regeln
einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft.
Indien hat zumindest ein Motiv.
In den 1980er- und 90er-Jahren ging Indien mit viel Gewalt
gegen bewaffnete Siegseparatisten im eigenen Land vor.

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

Im Landesteil Punjab, wo die Siegreligion entstanden war.
Die Siegseparatisten wiederum,
schreckten auch nicht vor Gewalt zurück.
Die indische Premierministerin Indira Gandhi
wurde 1984 von zwei Siegs ermordet.
Im Ausland, auch in Kanada, lebt die separatisten Bewegung weiter.
Hardib Singh Nijjar war vor seiner Ermordung
ein lautstarker Advokat für die Schaffung
eines Siegstaates namens Kalistan.
Indien nannte ihn einen Terroristen.
Doch die Mordanschuldigungen aus Ottawa seien absurd
und politisch motiviert, heißt es aus Neudeeli.
Vielmehr sei Kanada das Problem.
Es biete solchen Extremisten und Terroristen Unterschlupf
und lasse sie gewähren.
Tatsächlich leben etwa 770.000 Siegs in Kanada.
Sie machen also rund 2% der Bevölkerung aus.
Besonders die Männer fallen mit ihren langen Bärten
und ihren Turbanen auf.
Und diese Minderheit hat politisches Gewicht.
Als Jassine Trudeau 2015 Regierungschef wurde,
gehörten vier Siegs zu seinen Ministern.
Im kanadischen Parlament sitzen heute 15 Siegs,
die meisten in Trudeau's liberaler Partei.
Jagmeet Singh, ein Sieg, ist Parteichef der New Democratic Party,
die dafür sorgt, dass Trudeau dessen Partei
keine Mehrheit hat, an der Macht bleibt.
Dass Siegs in Kanada lautstark einen eigenen Staat fordern,
sorgt längst für böses Blut zwischen Indien und Kanada.
Ein kurzes Gespräch zwischen Trudeau
und Premierminister Narendra Modi
am Rand des G20-Gipfels in Neudeli war frostig.
Verhandlungen über ein Handelsabkommen wurden ausgesetzt.
Kanada hat zudem einen Inder ausgewiesen,
der dem Geheimdienst angehörte.
Indien hat seinerseits einen kanadischen Diplomaten
des Landes verwiesen.
Es wird dauern, bis diese Beziehungen normalisiert sind.
Seit Chat GPT Ende letzten Jahres veröffentlicht wurde,
findet eine Art Wettrennen statt im Bereich der künstlichen Intelligenz.
Auch in der Schweiz.
Heute hat Google's Mutterkonzern Alphabet an seinem Standort in Zürich
die neueste Version seines Chatbots BART vorgestellt.
Dieser soll Zugriff erhalten auf alle Google-Anwendungen

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

von YouTube über die Suchfunktion bis hin zu Google Maps.
Das kann nützlich sein, ist aber gleichzeitig auch problematisch.
Wirtschaftsredaktor Pascal Lago
Wer heute seine Ferien online plant,
der sucht sich Flüge und Hotels zusammen und liest verschiedene Reiseberichte.
Dafür müssen viele separate Webseiten oder Reisebüros besucht werden.
Die neueste Version von Google's Chatroboter BART verspricht,
das alles auf einmal zu schaffen.
Zum Beispiel, indem man nur ein einziges Foto hoch lädt.
Wie Sabine Lehmann erklärt, Computerlinguistin bei Google Schweiz.
Mit BART kann man jetzt neu quasi ein Bild hochladen lassen und sagen, wo ist das?
Und so findet man nicht nur schnell heraus, wo ein Bergsee oder ein Strand sei,
sondern man könne auch gleich die ganze Reise dorthin planen.
Und dann kann man auch automatisch fragen, da gibt es Hotel in der Nähe,
wie fliege ich dorthin, kannst du mir Videos zeigen
und dann werden eben BART wird dann YouTube-Videos zeigen
oder eben Google Flight oder Google Hotel Informationen geben,
ohne dass man ihn explizit fragt?
Ganz neu ist das nicht.
Auch ChatGPT oder Microsoft's Chatroboter Bing suchen nach Flügen und Hotels,
wenn man sie danach fragt.
Neu ist, dass Google's Chatroboter automatisch auf alle Google-Dienstleistungen
zugreifen kann von YouTube bis Google Maps.
Das ist nützlich für alle, die sich beim Planen von Ferien schwer tun,
erstellen sich aber auch kritische Fragen.
Wird Google etwa nur Hotels und Flüge anzeigen von Anbietern, die dafür bezahlen?
Nein, absolut nicht.
Übrigens, das wäre noch mal viel komplizierter.
Momentan sei BART ein Experiment.
Es gehe darum, zu lernen, ob und wie damit Geld verdient werden kann.
Das könne man erst beurteilen, wenn man wisse, was funktioniere
und beim Publikum ankomme.
Klar ist, dass Google das Wettrennen um die künstliche Intelligenz gewinnen möchte,
um seine Marktanteile bei der Suche zu behalten.
Momentan besitzt Google mit seiner Suchmaschine einen weltweiten Marktanteil von über 80%.
Microsoft möchte Google mit seinem Chatroboter Bing Konkurrenz machen
und rechnet damit, dass pro Prozentpunkt Marktanteil, den es Google abluchsen kann,
die Werbeeinnahmen um 2 Milliarden Dollar steigen.
Die Lansierung der neuesten Version von Google's Chatroboter
ist die nächste Etappe in diesem Wettrennen.
Es stehen Milliarden an Werbeeinnahmen auf dem Spiel.
Und Widerstand bekommt Google nicht nur von der Konkurrenz,
sondern auch von der Europäischen Union.
Bis Ende Jahr soll eine neue Regulierung im Bereich der künstlichen Intelligenz unter Dach und

Fach sein.

Die Computerlinguistin Sabine Lehmann kommt von der technischen Seite her.

In die politische Debatte ist sie nicht direkt involviert.

Sie weiß aber, dass Google in Kontakt ist mit der EU.

Was ich weiß, ist, dass es Gespräche gibt mit allen Experten und Policymakers.

Und es ist auch wirklich wichtig, dass wir diese Software oder diese Technologie regulieren.

Weltweit spricht sich Google offiziell für eine Regulierung aus.

Sie soll aber vernünftig sein, sprich unternehmensfreundlich.

Google und auch andere Tech-Konzerne streiten mit der EU vor allem über den Umgang mit Überheberrechten.

Es geht darum, dass Google transparent machen müsste,
mit welchen Daten seine künstliche Intelligenz trainiert wurde.

Momentan ist es so, dass der Chatroboter mit Liedern und Texten gefüttert wird,
zum Beispiel von Musikern und Schriftstellern.

Und auf dieser Grundlage erschaffte Chatbot dann neue Inhalte.

Nun möchte die EU, dass Google deklariert,
mit welchen Daten die künstliche Intelligenz gefüttert wurde.

Die EU möchte so die Urheberrechte von Musikerinnen und Schriftstellern besser schützen.

Rund 140 Staats- und Regierungschefinn,
hunderte von Ministern, Tausende von Diplomatinen und Diplomaten,
die jährliche UNO-Generaldebatte im September ist,
dass weltweit mit Abstand größte diplomatische Spitzen treffen.

Eine andere Frage ist, schaut dabei auch etwas Zählbares heraus.

Die Töne zum heutigen Auftakt waren wenig ermutigend.

Die Weltorganisation UNO ist arg geschwächt.

Aus New York, Fredrik Steiger.

Das Motto der diesjährigen Generaldebatte ist ein doppeltes.

Vertrauen wiederherstellen einerseits, globale Solidarität andererseits.

Beides klingt gut, beides ist nötig und bei beidem ist man weit ab vom Kurs.

Der Bericht zur Lage der Welt von UNO-Generalsekretär Antonio Guterres
hat phasenweise geradezu apokalyptische Züge,
etwa wenn er eine Welt außer Kontrolle beschreibt.

Die Regierungen der 193 UNO-Mitgliedländer,
auch die Weltorganisation selber sein,
Außerstand der Lösungen zu finden,
die Gräben zwischen Ost und Westnord und Süd würden tiefer,
er sei mittlerweile ohne Illusionen.

Kompromiss sei zu einem Schimpfwort geworden,
es gebe immer mehr Konflikte, Chaos und Militärputsch.

Die Demokratie sei weltweit in Gefahr,
Diktaturen seien auf dem Vormarsch.

Beim Klima, beim Hunger bei vielen mehr
geht die Entwicklung in die falsche Richtung.

Und wengleich nach Guterres,

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

Brasiliens Präsident Luisi Nasiolula da Silva vom Glauben in die Menschheit spricht, so wirkt das weniger beschreibend als beschwörend. Optimismus zu verbreiten versucht auch US-Präsident Joe Biden. Eben zurück von einem Besuch in Vietnam betont er dass die Adversarierungen als Partner sind. Aus Feinden könnten Partner werden. Während er für die andauende russische Aggression gegen die Ukraine scharfe Worte findet, setzt er gegenüber China auf Kooperation. Doch will man in Peking dasselbe? Präsident Xi Jinping bleibt der UNO-General-Debatte fern und während beiden Sprichsitzen im großen Saal der Generalversammlung nicht China-Svize-Präsident, kein Minister, nicht mal der Botschafter. Nur zwei junge chinesische Diplomatinen hören zu. Symbolik ist in der Weltpolitik wichtig. Vor allem streckt beiden die Hand aus zu den Ländern des Südens. Mit Bekenntnissen zur Reform des UNO-Sicherheitsrats und der UNO-Finanzinstitutionen geht er ein auf alte Forderungen von Schwellen und Entwicklungsländern. Das ist dringend nötig zumal sich viele Staaten in den gesamten globalen Süden zunehmend in Chinas Orbit begeben. Mit Nachdruck schließt er US-Präsident die aktuellen Herausforderungen für die UNO für die Welt sein enorm. Doch man müsse und werde sie meistern. Vielen im Saal dürfte sich indes die Bange fragen stellen, wie lange noch regiert dieser für internationale Zusammenarbeit aufgeschlossene Präsident, die Supermacht USA? Richard Gaun, langjähriger UNO-Experte bei der Denkfabrik International Crisis Group, sieht die Lage und Rolle der UNO skeptisch. Sie funktioniere dann gut, wenn die Großmächte kooperierten. Doch da seh es derzeit schlecht aus. Man könne schwerlich Vertrauen haben in die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen, wenn just die einflussreichsten Länder mit vetorecht im Sicherheitsrat zutiefst gespalten sein. Resultat in der UNO wird primär gestritten, die Organisation ist in vielen Bereichen gelähmt. Dort, wo sie noch funktioniert, etwa bei der humanitären Hilfe, fehlt ihr das Geld. Fast trotz, meinte eshalber Generalsekretär Guterres, er gebe nicht auf, schließlich gehe es um einen Kampf ums Überleben. Und er ergänzt,

die UNO sei geschaffen worden,
gerade für schwierige, für gefährliche Zeiten wie heute.
Doch ob sie den Herausforderungen gewachsen ist,
ist momentan völlig offen.
Der Sommer 2023 war wettermäßig ein Sommer der Extreme.
Juni, Juli und August waren weltweit die drei Wärmsten
Monate seit Messbeginn.
In Europa, in China, in den USA fehlen die Temperaturrekorde.
Neue Rekorde gab es auch.
Was die Meerestemperaturen angeht,
28,7 Grad Durchschnittstemperatur hatte das Mittelmeer Ende Juli.
Verheerende Waldbrände zerstörten weite Gebiete in Spanien, Griechenland
und vor allem Kanada.
Und gleichzeitig fielen auch immer wieder enorme Regenmengen.
In Italien, Slowenien, zuletzt in Libyen, wo Tausende ums Leben kamen.
Mojib Latif ist Meteorologe und Klimaforscher an der Universität Kiel.
Wie bewertet er diese Aufzählung?
Das wollte ich heute Nachmittag von ihm wissen.
Also ich denke, dass Jahr 2023 wird sicherlich eine Geschichte eingehen,
als ein Jahr der Extreme und was wir bisher in diesem Jahr gesehen haben.
Das passt eben alles genau in das Bild der globalen Erwärmung.
Denn die globale Erwärmung hat ganz unterschiedliche Auswirkungen.
Und das geht von Trockenheit, Hitze über Dürre hin zu Waldbränden
und dann eben auch in die Anrichtung Infodale in Niederpflege
und nicht zu vergessen, der Meeresspielanschied,
der an den Küsten natürlich auch sehr, sehr wichtig ist.
Und insofern gibt es da eine unsichtbare Hand
und diese unsichtbare Hand sehen wir dann eben in Form der Werteextreme.
Nun ist das, was wir diesen Sommer erlebt haben,
sind ja trotzdem eigentlich einfach einzelne Wetterereignisse,
zugegeben extreme.
Gibt es da einen meteorologischen Zusammenhang zwischen diesen Ereignissen?
Nein, einen direkten Meteorologen zusammen gibt es nicht,
weil Wetterlagen sind natürlich nie globaler Natur,
sondern immer regionaler Natur.
Wenn wir uns mal Europa vornehmen,
dann wissen wir einfach,
dass wir im Zuge der globalen Erwärmung,
gerade Südeuropa, verstärkt unter Hochdruck Einflussgerät,
das heißt also, es bedeutet höhere Temperaturen,
mehr Verdunstung, mehr Trockenheit, das haben wir erlebt.
Aber eine wärmere Atmosphäre kann eben auch mehr Wasserdampf halten,
also die gasförmige Phase des Wassers.
Und wenn dann die Wetterlage entsprechend ist,

wie sie es ja gerade in den letzten Wochen hatten,
dann können eben auch viel stärkere Niederschläge
auf die Erde niederprasseln
und das haben die Menschen jetzt ja gerade
auf extrem traurige Art und Weise erleben müssen,
nördlich des Mittelmeers, aber auch südlich des Mittelmeers.
Was Sie sagen nicht, der Klimawandel verursacht
nicht die einzelnen Ereignisse an sich,
aber er begünstigt eben die Ursachen
aufgrund deren solche Ereignisse dann auch vermehrt auftreten.
Genau, er fördert die Entstehung von extremen Wettersituation
und er führt eben auch dazu, dass sich bestimmte Extreme
dann noch weiter intensivieren
und das haben wir eben zum Beispiel bei den Temperaturrekorden gesehen.
Wir haben es aber auch gesehen,
bei diesen sinnvoll altigen Niederschlägen,
die es so noch nie in Europa gegeben hat,
wie die, die wir jetzt in Griechenland
oder beispielsweise auch in Libyen erleben mussten.
Hast das auch, wir müssen uns in Zukunft vermehrt
auf eine solche Häufung von Extremwetterereignissen einstellen?
Ja, davon ist auszugehen,
denn der Gehalt dieser Treibhausgase,
vor allen Dingen von Kohlendioxid CO₂,
das steigt ja immer noch rapide an
und deswegen wird auch die Erwärmung weiter voranschreiten
und deswegen steht eben zu befürchten,
dass auch die extremen Wetterereignisse weiter zunehmen werden
und wir werden sicherlich auch wieder ganz neue Rekorde erleben.
Das heißt, ein Sommer wie 2023 ist eigentlich die neue Normalität.
Ja, das wird zwar nicht jedes Jahr so sein,
aber immer häufiger, das sehen wir ja an den Messungen,
die wir haben in den letzten Jahrzehnten,
dass tatsächlich solche Tage mit 30 Grad und mehr
auch in Mitteleuropa immer häufiger vorkommen
und deswegen darf man nicht glauben,
wenn jetzt z.B. in nächstes Jahr, 2024,
die Verhältnisse vielleicht nicht so extrem sind,
dass auf einmal die globale Erwärmung gestoppt ist.
Nein, es geht hier um eine Wahrscheinlichkeit
und die Wahrscheinlichkeit für solche Extreme,
die nimmt einfach zu, in dem Maße, wie es immer wärmer wird,
auf der Erde.
Wie unausweichlich ist diese Entwicklung

oder kann man da noch was tun?

Also man kann zumindest die schlimmsten Folgen noch vermeiden, dass Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 sieht ja vor, dass die Erderwärmung oft deutlich unter 2 Grad begrenzt werden soll. Besser auf 1,5 Grad, die 1,5 Grad werden wir aller Voraussicht nach reißen, aber unter 2 Grad werden wir noch bleiben können.

Das ist irgendwo so eine kritische Marke, würde ich sagen, weil ab dann wird es wirklich richtig ungemütlicher auf der Erde, obwohl man dazu sagen muss, dass es jetzt eigentlich auch schon etwas nachts soll, wenn man die vielen Toten sieht, die eben durch diese Extremwetterereignisse schon zu verzeichnen sind. Aber im Prinzip können wir zumindest so einen Point-of-No-Return wirklich noch verhindern.

Das sagt Mojib Latif Klimaprofessor an der Universität Kiel. Sie hören das Echo der Zeit und weiter geht's mit der Frage, warum sich mit Satire in Magazinform heute nur noch schwer Geld verdienen lässt. Zuerst aber dies.

Es sind schwere Vorwürfe, die das Bistum Kur der Zeit im Auftrag des Vatikans untersucht. Bischöfe sollen mehrere Fälle von sexuellem Missbrauch vertuscht haben.

Es läuft also eine kircheninterne Voruntersuchung.

Und das, obwohl die geistliche Gerichtsbarkeit in der Schweiz seit dem 19. Jahrhundert abgeschafft ist.

Welche Rolle spielen also solche kircheninternen Untersuchungen und in welchem Verhältnis steht das Kirchenrecht zum weltlichen Recht?

Antworten im Beitrag von Gerichtskorrespondentin Sibila Bondolfi.

Im Mai dieses Jahres erhob ein Whistleblower schwere Anschuldigungen beim Botschafter des Papstes.

Sechs Schweizer Bischöfe sollen sexuellen Missbrauch in der Kirche aktiv vertuscht haben.

Manche Personen sollen früher sogar selbst sexuelle Übergriffe begangen haben.

Der Vatikan beauftragte daraufhin Bischof Josef-Maria Bonmay vom Bistum Kur als Sonderermittler mit einer Voruntersuchung.

Bonmay muss dem Vatikan genauer dem Dikasterium aus einem Amt der römischen Kurie am Ende seiner Voruntersuchung einen Bericht abliefern.

Und was passiert dann?

Bischof Josef-Maria Bonmay vom Bistum Kur schreibt auf Anfrage von SRF, dass die Kasterium hat dann folgende Möglichkeiten.

Erstens, die Anschuldigungen als strafrechtlich nicht relevant zu erachten und das Dossier archivieren.

Zweitens, falls doch strafrechtliche Verfehlungen festgestellt wurden, ein administratives Strafverfahren oder einen Strafprozess zu eröffnen.

Mit Strafverfahren meint Bonmay allerdings nicht etwa ein staatliches Strafverfahren.

Nein, Bonmay spricht von einem kirchenrechtlichen Strafverfahren.

Die katholische Kirche kennt nämlich ein eigenes Strafrecht.

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

Verboten sind Dinge wie im normalen Strafrecht, zum Beispiel Mord, aber auch Abtreibungen oder die Weihe von Frauen gelten als Delikt. Sexueller Missbrauch war früher als Verstoß gegen das Zölibat strafbar. Seit 2021 nun gilt sexueller Missbrauch als Straftat gegen Leben, Würde und Freiheit des Menschen.

Auch wenn im staatlichen Recht bereits ein Urteil gefällt oder aber eine Untersuchung eingestellt wurde, behält sich die Kirche eigene Sanktionen vor.

Obwohl Ausnahmegerichte in der Schweiz verboten sind, darf die Kirche das. Sie kann zwar niemandem ins Gefängnis stecken, das ist dem Staat vorbehalten. Die Kirche kann aber fehlbare Priester und Bischöfe Strafversetzen aus dem Klärkerstand entlassen oder exkommunizieren.

Adrian Loretan, Professor für Kirchenrecht und Staatskirchenrecht an der Universität Luzern, sagt, die Klassung aus dem Klärkerstand ist wohl die schlimmste Möglichkeit, weil damit verliert er auch als Beamter Ansprüche in Bezug auf finanzielle Ausstattung und so weiter. Und das trifft die meisten viel stärker.

Der Verlust des Amtes mit allen finanziellen Folgen ist also die schwerstmögliche Sanktion, mit der fehlbare Bischöfe rechnen müssen. Zumindest gemeiß Kirchenrecht, denn es gäbe ja noch das staatliche Recht. Auch das bloße Vertuschen von sexuellem Missbrauch kann strafrechtlich relevant sein. Bischof Josef Maria Bonma sagt allerdings, es sei nicht Aufgabe des Vatikans, Strafanzeige zu erstatten. Es wäre an den Verantwortlichen in der Schweiz das zu tun, in Absprache mit den Opfern. Und die wollen das nicht immer, heißt es beim Fachgremium Sexuelle Übergriffe im kirchlichen Umfeld der Schweizerischen Bischofskonferenz. Die Kirche nimmt auf diesen Wunsch der Opfer Rücksicht. Laut dem Kirchenrechtler Loretan gibt es im Kirchenrecht dazu aber neue Regeln. Das gibt es aber auch eine Anzeigepflicht, dass zum Beispiel ein Sexualstraftäter angezeigt werden muss. Seit etwas mehr als einem Jahr ist diese Anzeigepflicht im Kirchenstrafrecht vorgesehen. Trotz Schulungen ist diese Änderung laut Loretan in der Mentalität der Klärker allerdings noch nicht angekommen.

Welchen Einfluss hat nun aber diese kircheninterne Untersuchung auf allfällige staatliche Strafverfahren?

Laut Loretan nur einem Beschränkten. Die staatlichen Behörden sind nicht an die Untersuchungsergebnisse der Kirche gebunden. Das kirchliche Strafrecht muss Rücksicht nehmen auf das staatliche Recht, aber nicht unbedingt umgekehrt. Kirchenrecht und staatliches Recht, das seien zwei getrennte Schienen. Die Anklage verifizieren, das mache das staatliche Recht. Der Staat könnte also durchaus gegen Klärker ermitteln und sie dann verurteilen, mit der vollen Härte des staatlichen Gesetzes.

[Transcript] Echo der Zeit / Der Krieg ist zurück in Berg-Karabach

Titanic ist pleite wie noch nie.

So steht es auf der Internetseite des deutschen Satire-Magazins.

Tatsächlich steckt Titanic tief in den roten Zahlen.

Findet das Magazin in den nächsten Tagen nicht 5.000 neue Abonnentinnen und Abonnenten, muss es Insolvenz anmelden.

Auch falls die Rettung gelingen sollte.

Klar ist, der Markt für ein gedrucktes Satire-Magazin bleibt schwierig.

Lucia Tyler

Das Magazin Titanic segelt seit fast 45 Jahren mit bissig ironischem Kurs durch die deutsche Medienlandschaft.

Einige der Titelseiten wurden zu Legenden.

Zum Beispiel die Ausgabe vom November 1989.

Es war die Zeit der deutschen Wende und Titanic zeigte auf der Frontseite eine Frau mit einer Kurke in der Hand.

Dazu der Titel Zonen gab ihm Glück, meine erste Banane.

Eine Anspielung darauf, dass Ostdeutsche viele Güter des Westens gar nicht kannten.

Zeitungen in aller Welt zeigten die Titelseite.

Doch in jüngster Zeit machte Titanic nur noch Schlagzeilen mit ihrer finanziellen Not.

Es liegt an äußeren Umständen, sagt die Chefredaktorin Julia Matthäus.

Die Gründe liegen vor allem in den gestiegenen Kosten in den letzten Monaten.

Die Papierpreise sind stark gestiegen, die Preise für Versand.

Neue Abonnenten zu finden, ist hartes Brot, das Werbegeschäft sowieso.

Das Anzeigengeschäft ist bei uns ja ohnehin traditionell nicht so riesig, weil sich ja einige auch nicht trauen, bei uns zu inserieren,

weil sie ja Gegenstand der Satire werden könnten, so befürchten sie zumindest.

Doch Medienexperten sehen die Ursache auch im Zeitgeist.

Guido Kehl von der Zürcher Hochschule ZHAW sagt ...

Man muss auch sehen, dass die Titanic ein Kind der 70er, 80er Jahre, also eine bestimmte Zeit heraus entstanden, auch von bestimmten, und wir heute wahrscheinlich sagen, weißen alten Männern geprägt, eine Tradition her.

Und wenn man es beobachtet, hat man das Gefühl, sie haben trotz Onlineauftritt, trotz gewissen Personellveränderungen diesen Schritt, nach vorne auf einem neuen Publikum nie so ganz geschafft.

In anderen Worten, tiefgründige Satire wie jene der Titanic wird vom jüngeren Publikum oftmals als Zubrächial und unsensibel wahrgenommen.

Dazu kommt das Tempo.

Auf sozialen Medien zirkulieren lustige ironische Beiträge im Stundentakt.

Das Heft-Titanik erscheint monatlich.

Es ist eine schwierige Aufgabe, damit kämpfen auch andere vergleichbare Medien diesen Generationenwandel, auch Mediennutzungswandel mitzumachen.

Das Satire-Magazin ist ein nächsten Produkt, das sich wandeln müsse.

Das Medienhistoriker wird man sagen, ein Medium, wenn es mal eingeführt ist, wird nie ganz verdrängt, aber es wird von folgenden Generationen und Medientypen

in eine bestimmte Nische, ihr wird ein bestimmter Nische zugewiesen.
Die Nische wird also noch kleiner, doch das ist Theorie.
Wie das Magazin in der Praxis daher kommen müsste,
weiß derzeit weder der Experte noch die Redaktion.
Es ist ja bei Titanic so, dass wir auch gar keine Marktforschung machen.
Deswegen wissen wir ja eigentlich auch gar nicht so richtig,
wer denn eigentlich unsere Leserinnen und Leser sind.
sagt Julia Matthäus.
Die Macherinnen der Titanic sehen sich eher als künstlerisches Kollektiv.
Medienforschung und Marketing, das ist nicht ihre Spielwiese.
Eigentlich sind wir ja, ist ja bei Titanic so angelegt,
dass wir uns immer verändern.
Deswegen ist ja zum Beispiel auch die Position des Chefredakteurs
oder der Chefredakteurin soll ja immer alle fünf Jahre gewechselt werden.
Aber ja, gut, klar, jetzt vielleicht ist das auch nochmal ein Anlass,
noch mal über ein paar Sachen nachzudenken.
Nachdenken und hoffen, dass unterdessen beim Verlag neue Abo-Bestellungen eingehen.
Ohne Schiffbruch steuern wir direkt auf den Redaktionsschluss zu.
Der ist um 18.43 Uhr.
Verantwortlich für das Echo der Zeit, Tobias Gasser,
für die Nachrichten Patrick Seiler am Mikrofon Christina Scheidecker.